

schwendung und Umweltverschmutzung in China eher unglaubwürdig wirken, scheinen andere von den Architekten vorgebrachte Einwände stichhaltiger zu sein. So führen sie u.a. ins Feld, dass es auf Grund der klimatischen Bedingungen in Beijing mit seinen Sand- und Staubstürmen, Schnee- und Regenfällen schwer sein werde, sie Seifenblase sauber zu halten. Außerdem werde es im Winter bei Frost nötig sein, das Wasser des künstlichen Sees abzulassen, und dann werde die Seifenblase wie ein großes Ei aussehen. (Vgl. SCMP, 29.6.00; IHT, 12.7.00) Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass bei der Ablehnung des Entwurfs andere Motive eine Rolle spielen, nämlich nationale. Die chinesischen Architekten lehnen den Entwurf wohl in erster Linie ab, weil er von einem Ausländer stammt. Ungeachtet der Proteste gehen die Bauarbeiten jedoch wie geplant voran, und derzeit gibt es keine Anzeichen, dass die Pläne geändert würden. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 24 Lizenzen für ausländische Marktforschungsaktivitäten

Im Juli d.J. erhielten die ersten ausländischen Unternehmen vom Staatlichen Statistikamt die Genehmigung, Umfragen für die Marktforschung durchzuführen. Mit der Lizenzvergabe verfolgt die Regierung nach Angaben von Zhai Ligong, stellvertretender Direktor des Staatlichen Statistikamtes, verschiedene Ziele. So sollen die Aktivitäten im Zusammenhang mit sozialen Umfragen ausländischer Unternehmen standardisiert werden, um die nationale Sicherheit zu bewahren, die Interessen der Unternehmen zu schützen, die Marktforschungsumfragen durchführen, und der Regierung den Einfluss auf das Umfragemanagement sichern. Mit der Lizenz weisen ausländische Marktforschungsunternehmen ihre Qualifikation und Spezialisierung nach sowie die Notwendigkeit, Umfragen durchführen zu müssen. (SCMP, 28.7.00)

Obwohl der Bedarf an Marktuntersuchungen enorm groß ist, vermutet

das *Asian Wall Street Journal* in einem Artikel vom 28.7.00, dass die chinesische Regierung Angst vor Umfragen hat, die politisch sensible Themen berühren. Dies könnten z.B. Umfragen über das Vertrauen in die Regierung oder in die Wirtschaft sein oder die Untersuchung regionaler Schwächen durch Untersuchungen, die provinzüberschreitend sind. Die neuen Bestimmungen werden am 1. Oktober in Kraft treten. Die Marktforschungsunternehmen sollen alle zwei Monate eine detaillierte Liste ihrer Marktforschungsprojekte vorlegen und in Einzelfällen auch der Regierung Umfrageergebnisse offen legen.

Nach Einschätzung des *Asian Wall Street Journal* kann damit gerechnet werden, dass in der Realität die Bestimmungen wohl weniger restriktiv gehandhabt werden. So sei im August 1999 eine Bestimmung veröffentlicht worden, nach der die Marktforschungsunternehmen alle Fragen und Antworten der Regierung vorlegen müssten, bevor sie dem Kunden bekannt gemacht werden. Es war damals auch befürchtet worden, dass ausländische Marktforschungsunternehmen zu Gemeinschaftsprojekten mit regierungsnahen Stellen gezwungen werden könnten. Diese Entwicklung sei zwar nicht eingetreten, doch wären die Bestimmungen relativ wage formuliert und könnten jederzeit verschärft werden.

Der bisher nicht geregelte Bereich der online-Werbung soll nach Angaben der *China Daily* ebenfalls ein Lizenzsystem erhalten. Derzeit werden Bestimmungen von der State Administration of Industry and Commerce ausgearbeitet, die für die Zulassung und Kontrolle zuständig ist. (SCMP, 12.7.00)

Das schnell wachsende Volumen der Werbebranche macht China auch für ausländische Marktforschungsunternehmen sehr interessant. Nach einer Umfrage von ACNielsen Media International, die zu den 29 Unternehmen zählen, die bereits eine Lizenz von der Regierung erhalten haben, stieg der Werbeetat der Unternehmen im letzten Halbjahr um 44%. Der Hauptteil des Anstiegs entfiel auf chinesische Unternehmen, die mit Blick auf den anstehenden WTO-Beitritt und der zunehmenden Konkurrenz aus dem

Ausland ihre Werbeaktivitäten verstärkten. Die zehn Marken, auf die das höchste Werbevolumen entfiel, waren chinesischen Ursprungs; neun kamen aus dem pharmazeutischen Bereich. Beispielsweise wurde für Calciumtabletten der Marke *gai zhong gai* in den ersten Monaten ein Werbeetat von 98 Mio. US\$ aufgewandt. Ausländische Unternehmen haben zwar ihre Werbeetats nicht zurückgefahren, doch fielen sie auf Grund der hohen Werbeanstrengungen chinesischer Unternehmen in der letzten Zeit zurück. So zählten beispielsweise Pepsi, Coca-Cola, Mobilfunkgeräte von Nokia, Intel Computer und Crest Zahnpasta 1998 noch zu den Marken, auf die die höchsten Werbeetats entfallen waren. (AWSJ, 28.6.00) -schü-

### 25 Ausländische Brauereien ziehen sich aus dem Markt zurück

Der von Tsingtao Brewery angekündigte Kauf von zwei auslandsfinanzierten Brauereiunternehmen ist ein weiteres Signal für den Rückzug ausländischer Brauereien aus dem chinesischen Markt. Nach Angaben des stellvertretenden Unternehmensleiters Peng Zuoyi hatten beide auslandsfinanzierte Unternehmen Tsingtao um eine Übernahme gebeten. Da Tsingtao seinen Marktanteil weiter ausbauen will, ist die Übernahme für Ende August vereinbart worden. (SCMP, 8.7.00)

Eine der auslandsfinanzierten Brauereien soll Carlsberg sein, eine dänische Brauerei in Shanghai. Der Sprecher von Tsingtao, Zhang Ruixiang, kündigte Ende Juli an, dass beide Seiten bereit seien, einen Vertrag zu unterzeichnen. (AWSJ, 21.7.00) Das zweite Unternehmen soll Beijing Asia Shuanghesheng Five Star Brewery sein, dessen Mehrheit in Besitz des US-Unternehmens Asia Strategic Investment Management ist. (SCMP, 22.7.00)

Aus Sicht der Tsingtao-Brauerei, die die bekannteste Biermarke ist und einen Marktanteil von 4,5% besitzt, waren die Jahre 1994 bis 1998 am schwierigsten. Während dieser Zeit drängten rd. 50 ausländische Brauereien auf den chinesischen Markt. Der Marktanteil dieser Unternehmen liegt

nach Aussagen von Peng Zuoyi bei 10% im Marktsegment der teuren Biersorten, die mehr als 5 Yuan kosten. (SCMP, 8.7.00) Im gesamten Biermarkt hatten 1999 neben Tsingtao die Brauereien Beijing Yanjing mit 4%, Guangzhou Zhujiang mit 2,3% sowie Sichuan Blue Sword mit 2,1% größere Marktanteile. 84,1% des Marktes teilen sich sonstige chinesische Brauereien, während der Importanteil bei 3% liegt. (China Brewery Association, zitiert in IHT, 21.7.00)

Die Entwicklung der Tsingtao-Brauerei wird als Beispiel dafür gesehen, dass ein erfolgreicher Wandel eines Staatsunternehmens hin zu einem wettbewerbsfähigen Konkurrenten möglich ist. Peng Zuoyi zufolge hat der Wettbewerb dazu geführt, dass die Tsingtao-Brauerei einen schnellen Wandel durchlebte. Starthilfe erhielt die Brauerei 1979, als ihr Bier als offizielles Exportprodukt ausgezeichnet wurde. Weiterhin durfte das Unternehmen 1993 als eines der ersten am Hongkonger Aktienmarkt notieren. Da die Muttergesellschaft jedoch einen Teil der Gewinne für andere staatliche Gesellschaften einsetzte, wandten sich ausländische Investoren von Tsingtao ab. In den Folgejahren wurde der Markt für ausländische Anbieter geöffnet, die auf die enorme Nachfrage setzten. Diese Unternehmen investierten in moderne Anlagen und Werbung, mit denen das Unternehmen Tsingtao nicht mithalten konnte. Gleichzeitig entstanden viele neue chinesische Brauereien, die im Gegensatz zu den relativ hohen Preisen für ausländisches Bier, für ihre Produkte niedrigere Preise als Tsingtao verlangten. Diese Rahmenbedingungen führten dazu, dass die Tsingtao-Brauerei zwischen 1994 und 1996 Verluste machte.

Eine Trendwende trat erst mit der Ernennung des neuen Direktors Peng Zuoyi ein, der einschneidende Maßnahmen im Personalbereich und in der technologischen Modernisierung durchsetzen konnte. Gleichzeitig wurde ein neues Verkaufsnetz mit 45 Niederlassungen aufgebaut und mit dem Ankauf von anderen Brauereien begonnen, um die Produktionskapazität auszuweiten und lokale Biersorten zu niedrigeren Preisen herzustellen. Insgesamt hat Tsingtao inzwischen 22 andere Brauereien aufge-

kauft. (IHT, 21.7.00) Nach der Ankündigung, das Tsingtao zwei auslandsfinanzierte Brauereien übernehmen wird, stieg der Aktienkurs des Unternehmens an der Hongkonger Börse um 12%.

Dass auslandsfinanzierte Bierbrauereien bisher nicht durchschlagenden Erfolg auf dem chinesischen Markt erringen konnten, wird auf verschiedene Gründe zurückgeführt. So wurde den Unternehmen bald klar, dass das Marktsegment höherpreisiger Biere lediglich rd. 7% des gesamten Marktes ausmacht. Mit sinkenden Preisen waren die Konsumenten in den letzten Jahren immer weniger bereit, vergleichsweise mehr für das ausländische Bier auszugeben. Weiterhin haben die Unternehmen große Summen in Anlagen und Maschinen investiert, hatten zu hohe Kosten, einen zu geringen Umsatz und zu niedrigen Gewinn. (IHT, 21.7.00) Aus Sicht Peng Zuoyis kann Tsingtao beispielsweise eine Brauerei mit einem Finanzaufwand von 150 Mio. Yuan bauen, während ausländische Unternehmen hierfür ein Mehrfaches aufwenden müssten. Weiterhin würden diese Unternehmen ihren Arbeitern und mittleren Managern das Doppelte und ihren leitenden Managern das Vierfache dessen bezahlen, was die Tsingtao-Brauerei an Gehalt bietet. Darüber hinaus sei es den ausländischen Unternehmen nicht gelungen, sich an die lokalen Bedingungen anzupassen. Ausländische Investoren würden Lokalregierungen gegenüberstehen, die ihren Markt schützten oder den lokalen Unternehmen Steuererleichterungen einräumten. (SCMP, 8.7.00) -schü-

## 26 Fortschritte bei den multilateralen WTO-Beitrittsgesprächen

Ende Juli fand ein neues Treffen zwischen der Arbeitsgruppe China in der WTO und der chinesischen Delegation statt. Der Vorsitzende der WTO-Arbeitsgruppe Pierre-Louis Girard sprach von guten Fortschritten bei der Aufstellung des Beitrittsprotokolls. Die Positionen hätten sich in vielen Punkten angenähert und nach einigen zusätzlichen Klärungen müsste es möglich sein, einen neuen Entwurf des Beitrittsprotokolls für das

kommende Treffen der Arbeitsgruppe auszuarbeiten. Einen Zeitplan, wann die Verhandlungen abgeschlossen sein werden und China in die WTO aufgenommen wird, nannte Girard nicht. Die bilateralen Verhandlungen mit insgesamt 35 Ländern sind fast abgeschlossen. Nur noch mit Mexiko und der Schweiz muss noch ein bilaterales Protokoll verhandelt werden. (XNA, 29.7.00)

Weniger optimistisch schätzt die *Financial Times* die Fortschritte bei den multilateralen Verhandlungen ein. Sie zitieren einen Beteiligten an den Verhandlungen, der darauf verwies, dass es bei nahezu allen Fragen unterschiedliche Positionen gebe. Außerdem versuche China, die bilateralen Verhandlungsergebnisse zu verwässern. Beispiel sei die Zusage Chinas in den bilateralen Protokollen mit den USA und der EU, die Beschränkungen für ausländische Investoren wie z.B. local content-Vorschriften völlig abzuschaffen. Im Entwurf des multilateralen Protokolls werde dagegen nunmehr nur noch von einer weiteren Reduzierung dieser Beschränkungen gesprochen.

Der mögliche Zeitpunkt, zu dem China beitrifft, könnte voraussichtlich November d.J. sein. Sollte das multilaterale Beitrittsprotokoll auf der nächsten Tagung der Arbeitsgruppe im September abgeschlossen werden, wäre eine formale Genehmigung durch den General Council der WTO im Oktober möglich. Chinas Beitritt würde dann 30 Tage nach der Ratifizierung des Beitrittsprotokolls möglich sein. (FT, 21.7.00)

Mit Blick auf den anstehenden WTO-Beitritt ist die chinesische Regierung dabei, eine Reihe von Gesetzen an die internationalen Standards anzupassen. Nach Angaben von MOFTEC-Minister Shi Guangsheng in *China Daily* werden derzeit alle Gesetze, Bestimmungen und Politiken, die sich auf den Außenhandel und ausländische Investitionen beziehen, hinsichtlich notwendiger Veränderungen überprüft. Weiterhin seien neue Gesetze und Bestimmungen, beispielsweise gegen Dumping-Praktiken, Subventionen etc. auf dem Weg. Dem *China Daily*-Bericht zufolge würde die Transparenz von Gesetzen und Bestimmungen, ein verbessertes Geschäftsum-

feld und ein frühzeitiges Ankündigen von gesetzlichen Veränderungen China für ausländische Investoren attraktiver machen. (XNA, 4.7.00)

Ein Bericht der Xinhua News Agency vom 1.7.00 weist auf eine andere Voraussetzung hin, die China mit Blick auf den WTO-Beitritt noch erfüllen müsste. Hierzu zählt der Abbau der lokalen Barrieren, mit denen die einzelnen Regionen sich vor Produkten anderer Gebiete abschotten. Wang Tongsan, Ökonom an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, sprach dieses Problem an. Wenn China nicht die internen Standards aufeinander anpassen könne, so Wang, wie sei dann eine Einhaltung der internationalen Normen möglich. Ähnlich argumentierte Huang Qifan, Direktor der Shanghai Economic Commission. Sollte der lokale Protektionismus bestehen bleiben, dann würden dadurch ausländische Investoren abgeschreckt und der Wettbewerb würde nicht mehr bestehen. -schü-

## 27 China verzichtet auf Weltbankkredit zur Finanzierung des Qinghai-Projektes

Mitte Juli d.J. zog China den Kreditantrag für die Finanzierung eines Armutprojektes in der Provinz Qinghai zurück und will das Projekt nun mit eigenen Mittel durchführen. Vorausgegangen war ein zweitägiges Treffen des Exekutivrats der Weltbank, auf dem ein Prüfungsbericht einer unabhängigen Kommission vorgelegt sowie eine erneute Überprüfung der Projektbedingungen des eingefrorenen Kredits diskutiert worden war. Weltbankpräsident Wolfensohn schlug vor, das Projekt um ein Jahr zu verschieben und zunächst die ökologischen und sozialen Folgen noch einmal zu überprüfen. Mit 14:10 Stimmen lehnte der Exekutivrat diesen Vorschlag ab. Einige Mitglieder im Aufsichtsrat wie die USA und Japan forderten, dass der Kredit erst nach Einhaltung von neuen Auflagen freigegeben werden sollte und über den Kredit neu abgestimmt werden müsste. Hierauf griff der chinesische Exekutivdirektor Zhu Xian das Verhalten der Kritiker als Politisierung der Weltbank an. Es sei nicht annehmbar, dass andere Mitglieder der

Weltbank zusätzliche Auflagen an die Kreditvergabe binden würden: „It is unacceptable to my authorities that other Bank shareholders would insist on imposing additional conditions...“ (AWSJ, 10.7.00)

Bei dem umstrittenen Qinghai-Projekt handelt es sich um einen Teil des „China Western Poverty Reduction Project“, das ein Volumen von 160 Mio. US\$ hat. Ein Teilprojekt sah die Umsiedlung von rd. 58.000 überwiegend han-chinesischen armen Bauern in eine Region Qinghais vor, die historisch zu Tibet gehört hatte und in der angeblich der derzeitige Dalai Lama geboren wurde. Der Kreditantrag war im letzten Jahr bereits auf Kritik der USA und Deutschlands gestoßen. (SCMP, 12.7.00) Auch Nichtregierungsorganisationen, insbesondere die Tibet-Initiativen sowie Umweltschutzgruppen, hatten dem Kredit ablehnend gegenübergestanden. Zu den Einwänden zählte, dass durch die Umsiedlung der Prozess der „Sinisierung“ der tibetischen Kultur unterstützt würde. (IHT, 8./9.7.00) Die Befürworter des Projekts wiesen auf die Verbesserung des Lebensstandards hin, der durch die Umsiedlung in fruchtbareres Land auftreten würde. Von der Weltbank wurde dann entschieden, dass der Kredit erst nach Vorlage eines Untersuchungsberichts der Weltbank-Prüfungskommission freigegeben werden sollte. (FT, 8.7.00)

Über das Ergebnis der Prüfungskommission wird in den Medien nur sehr allgemein berichtet. Die Kommission soll festgestellt haben, dass die Weltbank bei der Kreditzusage für das Qinghai-Projekt gegen sieben von zehn eigenen Bestimmungen verstoßen habe. (FT, 8.7.00) Im Prüfbericht, der u.a. von Fachleuten aus den Niederlanden, Senegal und Kanada erstellt worden ist, soll auf Versäumnisse der Prüfung von Umweltverträglichkeiten hingewiesen werden. Obwohl bei dem Projekt umweltpolitische Aspekte eine wichtige Rolle spielen, sei das Projekt nicht in die schwierigste Kategorie eingestuft und deshalb nicht umfassenden Umweltanalysen unterzogen worden. Weiterhin sei die Befragung der von der Umsiedlung betroffenen Bevölkerungsgruppen sowie die Analyse der sozialen Auswirkungen der Umsiedlung nicht in befriedigender Art durchgeführt worden. (FAZ, 5.7.00)

Der Prüfbericht, dessen Veröffentlichung die Mitglieder des Exekutivrats nicht zugestimmt hatten, war der *New York Times* zugespielt worden. (IHT, 8./9.7.00)

In einem Artikel in der *Financial Times* vom 4.7.00 nahm Robert Wade, Weltbank-Berater für das Qinghai-Projekt, zu den Ergebnissen des Berichts Stellung. Wade schwächte den Vorwurf ab, dass das Weltbankprojekt zu einer Verdrängung der tibetischen Kultur führe. So würden nur rd. 500 Tibeter, aber 2.500 Mongolen in der Region leben, die für die Umsiedlung ausgewählt wurde. Für alle würden bei der Umsiedlung die Standards gelten, dass sie Schulen mit eigener Sprache sowie eigene religiöse Orte hätten. Weiterhin hätte die Zahl der umzusiedelnden Bauern in der Projektstudie nach einer Überprüfung von Wasser- und Bodenqualität gezeigt, dass nur rd. 58.000 dort wohnen könnten. Daraufhin habe die Regierung die ursprünglich geplante Zahl der Umsiedelnden fast halbiert. Auch befände sich der Geburtsort des Dalai Lama nicht im Siedlungsgebiet.

Die Projektunterlagen, so Wade, hätten bei der Prüfung nicht ergeben, dass nicht ausreichende Sorgfalt angewandt wurde. Zwar sei das Projekt aus umweltpolitischer Sicht nicht in die Kategorie A, sondern in B eingestuft worden, sodass eine weniger intensive umweltbezogene Prüfung stattgefunden habe. Diese Kategorie bedeute jedoch nicht, dass die Prüfung nachlässig durchgeführt worden sei. Der Prüfbericht kritisiere außerdem die Qualität der Bewertung der sozialen Auswirkungen auf die Umsiedlung. Der Bericht hinterlasse den Eindruck, dass die Projektmanager nicht Warnungen derjenigen beachtet hätten, die die sozialen Auswirkungen untersucht hätten. Tatsächlich jedoch habe die Untersuchung der sozialen Konsequenzen gezeigt, dass diese im Allgemeinen positiv bewertet worden sind. Diese Aussagen würden sich im Prüfungsbericht der Kommission jedoch nicht finden lassen. (FT, 4.7.00)

In einem Kommentar in der *Financial Times* vom 10.7.00 wird auf einen zusätzlichen Kritikpunkt am Qinghai-Projekt hingewiesen. Die kulturelle Unterdrückung wird in diesem Projekt nicht als entscheidendes Problem

gesehen, da in der Region nur wenige Nomaden und darunter nur einige mit tibetischen Ursprung leben. Vielmehr sei nicht erwähnt worden, dass sich in der Region ein Arbeitslager befinde, dass von den geplanten Bewässerungsanlagen ebenfalls profitieren würde. Auch die unzureichende Konsultation der Bevölkerung mit den Umsiedlungsplänen sei in großes Defizit gewesen. (FT, 10.7.00)

Aus welchen Gründen die Weltbank eine unzureichende Überprüfung in der Vorphase des Projektes durchgeführt hat, dazu werden in einem Kommentar der *Washington Post* zwei Annahmen vorgestellt. So könne 1. davon ausgegangen werden, dass die Weltbank eine große und umständliche Organisation sei, die nach legalistischen Vorschriften arbeite, die sie selbst nicht einhalten könne. Weiterhin sei 2. die Einhaltung der Vorschriften dann sehr unwahrscheinlich, wenn die Weltbank mit China zu tun habe.

Unter den Weltbankexperten sei die chinesische Regierung wohl bekannt hinsichtlich ihrer Ungeduld gegenüber strengen Kreditvergabebedingungen. Da China viel Einfluss habe, neigten die Weltbankexperten dazu, nachzugeben und sich damit zufrieden zu geben, dass bei der Bekämpfung der Armut in China gute Fortschritte gemacht worden seien. Weltbankpräsident Wolfensohn habe versucht, die Aufweichung der Regeln aufzuhalten, fraglich sei jedoch, ob die Exekutivdirektoren dies zulassen würden. Sie hätten ihn überstimmt, als er auf der Veröffentlichung des Prüfungsberichts der Weltbankkommission bestanden habe. (Zitiert in IHT, 6.7.00) -schü -

---

## Binnenwirtschaft

---

### 28 Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 2000

Nach Einschätzung des Staatlichen Statistikamtes war die wirtschaftliche Entwicklung im 1. Halbjahr 2000 weitaus besser als erwartet. Es habe eine Trendwende gegeben und das Wachstumstempo nehme wieder stärker zu. Dies seien Zeichen dafür, dass China die negativen Auswirkungen

der Asienkrise überwunden habe und dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Wirkung zeigten. Allerdings könne noch nicht von einer stabilen Erholung der Wirtschaft gesprochen werden, da die Inlandsnachfrage immer noch zu schwach sei. Problematisch seien ferner das langsame Wachstum der bäuerlichen Einkommen, die Verluste der Staatsbetriebe und Ungleichgewichte in der Wirtschaftsstruktur. (XNA, 21.7.00)

Es ist vor allem das bemerkenswerte Exportwachstum, das sich erneut als Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erwiesen hat. Hierbei kann der Erholung der asiatischen Nachbarländer und dem Ausbau der Exportförderung eine wichtige Rolle zugewiesen werden.

Nach Angaben von Qiu Xiaohua, stellvertretender Direktor des Staatlichen Statistikamtes, hat die aktive Fiskalpolitik erheblich zum Wachstum in den ersten Monaten beigetragen. Ohne zusätzliche Staatsausgaben und Infrastrukturinvestitionen wäre die Wirtschaft nur um 5% oder 6% gewachsen. (XNA, 14.7.00)

Für das 2. Halbjahr kündigte Zentralbankpräsident Dai Xianglong an, dass die aktive Fiskalpolitik weiter fortgesetzt würde. Seit Beginn d.J. habe die Zentralbank bereits 150 Mrd. Yuan an Krediten bereitgestellt. Bis Ende Juni sei die Geldmenge M2 um 13,7% gegenüber der Vorjahresperiode gestiegen. Für das gesamte Jahr geht Dai von einer Erhöhung der Geldmenge M2 um 14% aus. (XNA, 20.7.00)

**GESAMTWIRTSCHAFTLICHE WACHSTUMSRATE:**

In den ersten sechs Monaten d.J. verzeichnete die Wirtschaft eine Wachstumsrate von 8,2%; das BIP belief sich auf 3.949 Mrd. Yuan. Das Statistikamt rechnet damit, dass die Wachstumsrate für das gesamte Jahr höher als die zunächst mit 7,1% prognostizierte Zuwachsrate ausfallen wird.

Für das 2. Quartal wird eine Wachstumsrate von 8,3% gemeldet, die damit etwas höher als die Zuwachsrate von 8,1% im 1. Quartal lag.

**INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG:**

Der Sekundärsektor (Industrie und Bausektor) verzeichnete eine Zuwachsrate von 9,7% (2.136,5 Mrd. Yuan); der Industrieoutput stieg um

9,9% (1.900,5 Mrd. Yuan). (XNA, 19.7.00) Am 11.7.00 berichtete die Xinhua Nachrichtenagentur von der Steigerung des industriellen Outputs in Höhe von 11,2%.

Das Statistikamt weist auf einen Abbau der Lagerbestände in den Unternehmen hin und geht davon aus, dass die zunehmende Nachfrage im 2. Halbjahr das Wirtschaftswachstum unterstützen werde.

**LANDWIRTSCHAFT:**

Die Sommergetreideernte lag um 11 Mrd. Kilogramm bzw. 9,3% niedriger als im letzten Jahr. Die landwirtschaftliche Wertschöpfung erhöhte sich lediglich um 1,5% auf rd. 450 Mrd. Yuan.

**ANLAGEINVESTITIONEN:**

Die Anlageinvestitionen stiegen um 11% im 1. Halbjahr und erreichten ein Niveau von 1.017,6 Mrd. Yuan. Während die Investitionen der kollektiveigenen Unternehmen ihre Investitionen um 7% ausweiteten, nahmen die Investitionen der privaten Unternehmen um 8,6% zu. Der staatseigene Sektor trug mit 753,8 Mrd. Yuan zu den Anlageinvestitionen bei, ein Anstieg um 12,1%.

**PREISENTWICKLUNG:**

In den ersten sechs Monaten gingen die Einzelhandelspreise noch um 1,9% gegenüber der Vorjahresperiode zurück; die Verbraucherpreise nahmen um 0,1% zu. Die Preise für Industrieprodukte und für Rohstoffe stiegen um 2% bzw. 4,3%, und es wird damit gerechnet, dass sich diese Preisentwicklung in der 2. Jahreshälfte auch auf die Konsumgüterpreise überträgt. Die Steigerung der Preise für Industrieprodukte wird vom Statistikamt auf die Preiserhöhung von Erdölprodukten zurückgeführt. (SWB FE/D 3898/CNS, 21.7.00)

**EINZELHANDESENTWICKLUNG:**

Das Einzelhandelsvolumen lag in den ersten sechs Monaten bei 1.624,8 Mrd. Yuan und stieg damit um 10,1% gegenüber der Vorjahresperiode.

**EINKOMMENSENTWICKLUNG:**

Das verfügbare Einkommen der städtischen Bevölkerung lag bei durchschnittlich 3.208 Yuan, ein nominaler Anstieg um 8,7% und ein realer Anstieg um 7,7%. In den ländlichen Gebieten betrug das Geldeinkommen der Bauern 1.013 Yuan und